

INI1 Schluss mit ausbeuterischer Pflege

Antragsteller*in: Stadtbezirk Ehrenfeld
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: JUBV

Antragstext

1 Es gibt kaum einen Arbeitsbereich, über dessen Stellenwert innerhalb des letzten
2 Jahres mehr diskutiert wurde, als die Pflege. Dabei muss differenziert werden
3 zwischen Mitarbeitenden in der Altenpflege und Mitarbeitenden in der
4 Krankenpflege.

5 Die Entscheidung der Caritas, einem flächendeckenden Tarif nicht zuzustimmen und
6 damit eine komplette Generalüberholung der Löhne innerhalb der Altenpflege zu
7 torpedieren ist ein Hohn, wenn man bedenkt, dass hier Menschen arbeiten, die
8 sich täglich unter den widrigsten Bedingungen um andere Menschen kümmern und
9 diese versorgen. Nicht nur die schlechte Bezahlung, die in der Altenpflege noch
10 prekärer ausgeprägt ist als in der stationären Pflege im Krankenhaus, sondern
11 vielmehr auch die Rahmenbedingungen erschweren ein dauerhaftes Verbleiben im
12 Beruf. Hierzu gehören insbesondere der große Stress, emotionale Belastungen
13 durch Interaktionsstrukturen, der Schichtbetrieb, die Wochenend- und
14 Feiertagsarbeit, unflexibel gestaltbare Arbeitszeiten, die Repressalien seitens
15 Bewohner*innen oder der Angehörigen, ein immenser Zeitdruck innerhalb der
16 Arbeitsstruktur und ethische Dilemmata, mit denen Pflegenden täglich konfrontiert
17 werden. Nicht grundlos gibt es viele Pflegefachpersonen, die frühzeitig aus
18 ihrem Beruf ausscheiden und angeben, zurückkehren zu wollen, wenn sich die
19 Rahmenbedingungen verbessern würden.

20 Endlich für flächendeckend einheitliche, tarifgebundene Löhne zu sorgen, wäre
21 ein richtiger erster Schritt gewesen, um die Altenpflege angemessen zu würdigen
22 und zu entlohnen.

23 **Daher ist eine unserer Kernforderungen nach wie vor die Durchsetzung von**
24 **tarifgebundenen Löhnen für die Altenpflege, unabhängig von den Träger*innen.**

25 Gleichzeitig müssen die Strukturen innerhalb der Altenpflege deutlich

26 modifiziert werden. Durch die Umstrukturierung der Pflegeausbildung zu einem
27 generalistischen Abschluss besteht ein Risiko, dass noch weniger Auszubildende
28 nach ihrem Examen in der Altenpflege verbleiben, da sie in anderen Einrichtungen
29 wie etwa Krankenhäusern besser bezahlt werden und der generalistische Abschluss
30 deutlich mehr Flexibilität in der Berufswahl ermöglicht. Das heißt, es besteht
31 ein Risiko, dass sich der Personalnotstand in der Altenpflege noch verschärft,
32 anstatt sich zu verbessern.

33 Daher braucht es insbesondere im Altenpflegeberuf klare Regelungen.

34 **Ähnlich wie im Akutkrankenhaus bedarf es auch in der Altenpflege bindende**
35 **Personaluntergrenzen.**

36 Diese dürfen nicht unterschritten werden und unter keinen Umständen als ein
37 Minimalkonsens gesehen werden, sondern sollten viel mehr nur im Notfall greifen.
38 Daher dürfen sich auch die Kostensätze für Pflegeleistungen nicht anhand der
39 Personaluntergrenzen berechnen, sondern realistische Zahlen einsetzen.

40 Ein weiteres Problem sind die Mitbestimmungs- und Arbeitskampfstrukturen der
41 Mitarbeiter*innen bei Altenpflegeeinrichtungen in kirchlicher
42 Träger*innenschaft. Durch gesetzliche Regelungen sind beispielsweise nur
43 Personalvertretungen wählbar, um die Interessen der Mitarbeitenden zu vertreten.

44 **Hier ist eine Reform nötig, die eine Wahl eines Personalrates, sowie einer**
45 **Jugend- und Auszubildendenvertretung ermöglicht.**

46 Damit würde gleichzeitig eine stärkere Partizipation der Gewerkschaften
47 innerhalb kirchlicher Einrichtungen ermöglicht, wodurch es Mitarbeitenden in
48 Altenpflegeeinrichtungen auch erleichtert bzw. ermöglicht werden könnte, zu
49 streiken.

50 **Das Kirchengesetz muss dahingehend verändert werden, dass Mitarbeitenden ein**
51 **Streikrecht zugestanden werden muss.**

52 Außerdem bedarf es einer stärkeren Regulierung der Arbeitszeiten von Pflegenden.
53 Nach aktuellem Stand ist es möglich, Pflegende mehrere Tage hintereinander, ohne
54 wirklichen Freizeitausgleich einzuplanen, indem mit Schichtverschiebung ein
55 freier Tag suggeriert wird (durch Einhaltung der Ruhezeiten), ohne dass
56 Pflegende wirklich einen kompletten freien Tag haben.

57 **Daher fordern wir weiterhin einen echten Freizeitausgleich nach einem längeren**
58 **Arbeitseinsatz. Pflegende, die im gerontopsychiatrischen Bereich (Demenzpflege)**
59 **arbeiten, brauchen darüber hinaus aufgrund ihrer verstärkten psychischen**
60 **Belastung bei der Arbeit verstärkte Erholungsphasen.**

61 Nach aktuellem Status Quo ist es erlaubt, Pflegende neun Tage hintereinander
62 einzusetzen. Dies ist sowohl emotional als auch körperlich sehr anstrengend und
63 schmälert die Attraktivität des Berufes. Vor allem Altenpfleger*innen, die
64 teilweise anderen psychischen Belastungen (bspw. Umgang mit Demenz, Tod oder
65 Pflegenden mit herausforderndem Verhalten) ausgesetzt sind, brauchen diese
66 vermehrte Erholungszeit.

67 **Aus diesem Grund muss die Begrenzung der Arbeitstage, die ohne Freizeitausgleich**
68 **verrichtet werden dürfen, auf fünf Tage gedeckelt werden.**

69 Gleichzeitig muss verstärkt dafür geworben werden, dass junge Menschen eine
70 Ausbildung in der Altenpflege anstreben und der Beruf muss nachhaltig an
71 Attraktivität gewinnen.

Unterstützer*innen

Tim Schleheck (Stadtbezirk Innenstadt), Johanna Liebe (Stadtbezirk Mülheim), Florian Schuster (Stadtbezirk Innenstadt), Madeleine Raabe (Jusos Köln), Martin Heinen (SB Rodenkirchen), Paula Risius (Stadtbezirk Kalk), Valery Keuter (Stadtbezirk Rodenkirchen), Benedikt Ruppert (SB Lindenthal), Kerim Hajji (SB Ehrenfeld), Sarah Kaminski (SB Rodenkirchen), Eva Roßbach (SB Lindenthal), Paulina Eßer (SB Nippes), Peter Eich (Stadtbezirk Nippes), Kathi Letzelter (Jusos Lindenthal), André Hartig (Jusos Köln-Lindenthal), Niklas Krüger (Stadtbezirk Ehrenfeld), Seyhan Arpacı (SB Ehrenfeld), Nici Kempfer (SB Kalk), Amarpreet Kaur Bagiana (SB Ehrenfeld), Carsten Hartmann (Jusos Nippes), Aylin Yildirim (Jusos Nippes), Kevin Mbayabu (SB Ehrenfeld), Julian Chatterjee (Jusos Köln-Lindenthal), SB Rodenkirchen (Andre Burghardt), Yasmin Frommont (Jusos Ehrenfeld), Sebastian Schirner (Jusos Lindenthal), Joana Krämer (Jusos Ehrenfeld), Dennis Krüger (OV ehrenfeld), Lena-Marie Snelting (SB Ehrenfeld), Maxine Hybner (SB Lindenthal), Tim Podleschny (Jusos Lindenthal), Alicem Polat (Stadtbezirk Innenstadt), Lukas Oberhoff (SB Mülheim), Aurore Karamoko (Jusos Köln Kalk), Florian Bauch (Jusos Kalk), Sascha Grünwald (SB Nippes), Lars Gemmer (Innenstadt), Jan Diers (SB Ehrenfeld), Melvin Klein (SB Ehrenfeld), Timon Marland (SB Rodenkirchen), Max Johanns (SB Rodenkirchen), Eva Schiffels (SB Köln-Mülheim), Merle Müller (Stadtbezirk Innenstadt), Mattis Dieterich (Jusos Chorweiler), Ronja Rink (SB Innenstadt), Franziskus Vohn (Jusos Innenstadt), Theodor Jost (SB Innenstadt), Peter Eich (Stadtbezirk Nippes), Gloria Sengoba (SB Chorweiler)